

Frau
amtsführende Stadträtin
der Geschäftsgruppe
Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales
und Digitales
Vizebürgermeisterin
Barbara Novak, MA

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderäte Ing. Udo Guggenbichler, MSc (FPÖ) und Maximilian Krauss, MA (FPÖ) an Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales Vizebürgermeisterin Barbara Novak, MA zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales (GFW)) für den Gemeinderat am 22.06.2026 - 23.06.2026.

Rücknahme der Erhöhung der Ortstaxe

Die schrittweise Erhöhung der Ortstaxe in Wien ab 01. Juli 2026 ist ein untragbarer Schritt zulasten des Tourismusstandorts Wien. Diese Maßnahme trifft nicht nur Hotels, sondern ebenso Kongressveranstalter, Gastronomiebetriebe und das begleitende Gewerbe – und führt letztlich zu sinkender Wettbewerbsfähigkeit, geringerer Buchungslage und Arbeitsplatzverlusten.

Die Entscheidung birgt seitdem erhebliche Risiken für den internationalen Wettbewerb:

- Kongressstädte stehen in einem engen globalen Konkurrenzumfeld. Jeder zusätzliche Kostenfaktor schwächt die Attraktivität Wiens.
- Viele Verträge von Reiseveranstaltern und Kongressen ab 2026 und auf weitere Jahre hinaus sind bereits abgeschlossen – eine schrittweise Erhöhung der Belastung gefährdet Planbarkeit und Vertrauen.
- Steigende Kosten für Energie, Personal und Wareneinsatz drücken die Margen der Betriebe bereits jetzt, wie auch das geopolitische Geschehen.
- Eine derartige massive Steuererhöhung kann im nationalen und internationalen Wettbewerb nicht 1:1 an Gäste weitergegeben werden, d.h. sie stellt für Betriebe einen erheblichen zusätzlichen Kostenfaktor dar.
- Statt Investitionen zu ermöglichen, wird die Tourismusbranche zur Kasse gebeten.

Der Tourismus ist eine tragende Säule des Wiener Wirtschaftsstandorts. Statt zusätzliche Steuern und Abgaben einzuführen, braucht es:

- Verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für Hotellerie, Veranstalter und Investoren.
- Eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Stadt und Branche, um Wien langfristig als Top-Destination abzusichern.

Es bedarf daher einer Einführung eines bundesweiten Höchstwerts für Nächtigungsabgaben sowie die volle Zweckwidmung touristischer Einnahmen für Infrastruktur und Standortmarketing. Gerade jetzt braucht es Planungssicherheit für Betriebe und nicht noch höhere Belastungen. Wer den Tourismus als Einnahmequelle behandelt, statt ihn zu fördern, gefährdet einen zentralen Wirtschaftsmotor Österreichs.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für die Einführung eines bundesweiten Höchstwerts für Nächtigungsabgaben sowie die volle Zweckwidmung touristischer Einnahmen für Infrastruktur und Standortmarketing aus und fordert

1. die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe „Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales auf, die schrittweise Erhöhung der Ortstaxe ab 01. Juli 2026 zurückzunehmen und
2. den Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus auf, für eine Einführung eines bundesweiten Höchstwerts für Nächtigungsabgaben sowie die volle Zweckwidmung touristischer Einnahmen für Infrastruktur und Standortmarketing zu sorgen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

